Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS
Eidgenössisches Büro für Gleichstellung von Frau und Mann EBG

Runder Tisch OGD zur Gleichstellung von Frau und Mann vom 13.09.2021

Zusammenfassung und Ausblick

Ein wesentlicher Bestandteil der Strategie für offene Verwaltungsdaten in der Schweiz 2019-2023 ist der Dialog zwischen Datenanbietenden und Datennutzenden. Damit wird ein nachfrageorientiertes Angebot an Open Government Data (OGD) geschaffen und der Austausch gefördert. Dies ermöglicht wiederum «Transparenz und Partizipation, stärkt die Verantwortlichkeit und trägt zur Steigerung der Wertschöpfung bei (höhere Effizienz der Verwaltung, Ermöglichung von Innovation, Realisierung neuer Geschäftsmodelle) sowie auch zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung»[1].

Ein zentrales Instrument zur Stärkung dieses Dialogs ist das Format des Runden Tischs OGD. Die erste Ausgabe fand am 13. September 2021 statt zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann und soll zur Erfüllung der Gleichstellungsstrategie 2030 sowie des Sustainable Development Goal 5, Gender Equality beitragen. Veranstaltet wurde der Runde Tisch von der im Bundesamt für Statistik BFS angesiedelten Geschäftsstelle Open Government Data in Zusammenarbeit mit dem BFS (Sektion Demografie und Migration) und dem Eidgenössischen Büro für Gleichstellung von Frau und Mann EBG, unterstützt vom Verein Opendata.ch. Neben den verantwortlichen Bundesämtern nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft teil – in ihren unterschiedlichen Rollen als Datenanbietende und Datennutzende. Die teilnehmenden Organisationen bzw. Personen erhielten im Vorfeld des Runden Tischs eine Umfrage zum Angebot und zur Nachfrage nach offenen Daten. Die Antworten dienten der Programmgestaltung (Themen und Struktur) des Runden Tisches.

Diskussion

Nach einleitenden Worten von Katharina Füglister (Eidgenössisches Departement des Innern), Sylvie Durrer (EBG) und Petra Keller Gueguen (BFS) drehte sich der erste Teil der Diskussion um das Optimierungspotenzial im Sinne der OGD-Richtlinien. Aus Sicht der Teilnehmenden sind OGD zum Thema Gleichstellung von Frau und Mann bzw. geschlechtsspezifische Daten teilweise sehr schwierig aufzufinden: Ein Griff zum Telefon ist oft zielführender als eine Suche auf den Seiten des Bundes. Dies hängt u.a. auch damit zusammen, dass es sich dabei um ein Querschnittsthema handelt, weshalb mehrere Bundesämter, und innerhalb der Bundesämter diverse Einheiten, Daten zum Thema zur Verfügung stellen. Einige Teilnehmende betonten die Wichtigkeit von vollständigen Metadaten und Referenzen auf andere Datenobjekte für ihre Arbeit. Ebenfalls wäre die Möglichkeit von Interesse, via Link zu Eurostat- oder OECD-Daten einfacher internationale Vergleiche anstellen zu können. Auf Zuspruch stiess die Idee, eine Möglichkeit zu schaffen, selbst Daten und Variablen zu filtern und zu kombinieren und so

[1] Strategie für offene Verwaltungsdaten in der Schweiz 2019–2023

individuelle Tabellen und Datensätze erstellen zu können – unter Gewährleistung des Datenschutzes.

Im zweiten Teil diskutierten die Teilnehmenden Lücken im Daten-Angebot. Dabei lag ein Schwerpunkt der Diskussion auf Daten im Kontext «Arbeit». Einige Teilnehmende wünschen sich Daten zu Covid-Unterstützungsleistungen wie Kurzarbeit, aufgeschlüsselt nach Geschlecht. Diese Information wurde im Rahmen des vereinfachten Verfahrens zur Beantragung von Kurzarbeitsentschädigung jedoch nicht erhoben, da nur die Daten abgefragt wurden, die für eine Leistung der Entschädigung notwendig sind. Weiterführende Angaben liefert aber die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung. Interesse besteht ebenfalls an einer nationalen angebotsseitigen Statistik zur Kinderbetreuung. Die Voraussetzungen dazu sind die Bereitstellung der Daten durch die Kantone und die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung bei Bund und Kantonen. Eine nachfrageseitige Statistik hat das BFS bereits aufgebaut. Der Gender Pay bzw. Overall Earnings Gap wurde ebenfalls thematisiert. In Erfüllung des Postulats Marti (19.4132) erarbeitet das BFS einen Bericht zuhanden des Bundesrats, in dem diese und weitere Indikatoren zusammengestellt werden. Die von mehreren Teilnehmenden gewünschten Informationen zu genderspezifischen Armutsrisiken werden mit der Publikation eines umfassenden Berichts des BSV, der auf dem steuerdatenbasierten «WiSiER-Datensatz» beruht (Wirtschaftliche Situation von Personen im Erwerbs- und im Rentenalter), verfügbar sein. Zusätzlich wurden Themen wie Kriminalität und Gewalt (insb. Femizide) sowie Gesundheit angesprochen. Themenübergreifend interessieren sich viele Teilnehmende für intersektionale Daten (z. B. Geschlecht in Kombination mit Alter, Familiensituation, Herkunft etc.) und Verlaufsdaten, um durchschnittliche Lebensläufe von Frau und Mann gegenüberstellen zu können. Des Weiteren wurde die binäre Definition der Geschlechtervariable diskutiert.

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass die Teilnehmenden grosses Vertrauen in die Daten des BFS äusserten und im Allgemeinen mit der Hilfe, die sie im Bedarfsfall erhalten, zufrieden sind. Sie haben es geschätzt, dass ihre Bedürfnisse im Rahmen dieser Veranstaltung diskutiert wurden und dass sie ihre Belange einbringen konnten.

Nächste Schritte

Zum Schluss brachten die Teilnehmenden die aus ihrer Sicht wichtigsten Aspekte ein, welche der Bund respektive die verantwortlichen Bundesämter prüfen sollen:

- Wie kann die Auffindbarkeit der Daten verbessert werden?
- Wie können Daten besser kontextualisiert werden (Metadaten)?
- (Wie) könnte eine Möglichkeit für Nutzenden geschaffen werden, selbst Daten und Variablen zu filtern und zu kombinieren bzw. verknüpfen – unter Wahrung des Datenschutzes?
- Wie können Daten erhoben und zur Verfügung gestellt werden, sodass das Geschlecht in Kombination mit anderen Variablen (Intersektionalität) untersucht werden kann?
- Wie können (Lebens-)verlaufsdaten (u.a. Erwerbskarrieren von Frauen) erhoben und zur Verfügung gestellt werden?
- Wie kann die internationale Vergleichbarkeit von Daten vereinfacht werden?

Die Geschäftsstelle Open Government Data wird im Jahr 2022 die Teilnehmenden und die Öffentlichkeit über den Stand der Abklärungen informieren.

Im Rahmen ihrer Unterstützungsleistungen mit den Verwaltungseinheiten macht die Geschäftsstelle Open Government Data zudem regelmässig auf die Motion 20.3588 von Eva Herzog «Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter» aufmerksam, die darauf abzielt, dass alle relevanten Statistiken und Studien nach Geschlechtern aufgeschlüsselt werden.

Open Government Data publizieren

Die Geschäftsstelle Open Government Data unterstützt Organisationen, die ihre offenen Daten auf opendata.swiss zur Verfügung stellen möchten. Das Portal bietet einen einfachen Zugang zu öffentlichen Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie von halbstaatlichen und privaten Akteuren, die Aufgaben im Auftrag der Verwaltung erfüllen. Dies beinhaltet Daten, die bereits auf anderen Portalen veröffentlicht wurden.

Die Richtlinien für die Veröffentlichung von Open Government Data enthalten nützliche Informationen für Organisationen, die Daten von allgemeinem Interesse veröffentlichen möchten.